

Die Strategie der nepalischen Maoisten und die staatliche Unfähigkeit zum Dialog

von Karl-Heinz Krämer

Seit über einem Jahr vollzieht sich im mittelnepalischen Bergland eine Revolution, die an den Grundfesten von Staat und Gesellschaft rüttelt. Ihre Organisatoren, die 'United Peoples Front Nepal' (UPFN) mit ihrem Ideologen, Dr. Baburam Bhattarai, und die 'Nepal Communist Party-Maoist' (NCP-M) sprechen von einem Volkskrieg, dessen Ziel die Veränderung der wirtschaftlich-sozialen Strukturen des Landes und die Einführung einer neuen Demokratie sei. Der nepalische Staat, repräsentiert durch die politischen Parteien, spricht von terroristischen Aktivitäten, denen er mit staatlicher Gewalt zu begegnen sucht.

Begründung der Maoisten für den Volkskrieg

Die UPFN nahm 1991 als ein Wahlbündnis von Parteien links von der 'Nepal Communist Party-United Marxist Leninist' (NCP-UML) an den Parlamentswahlen teil und konnte sich mit neun Sitzen als drittstärkste Kraft im

Repräsentantenhaus etablieren. Im Gegensatz zur CPN-UML bezeichnete man die Volksbewegung von 1990 als eine unvollständige Revolution. Um diese fortzusetzen, wollte man unter der eigentlich nicht respektierten Verfassung auf parlamentarischer Ebene versuchen, auf eine neue Revolution hinzuwirken. Baburam Bhattarai, der damals als Koordinator der UPFN auftrat, sah beim Zusammenbruch der Koirala-Regierung keinen weiteren Sinn in dieser Vorgehensweise, da in seinen Augen keine wesentlichen ideologischen und strukturellen Unterschiede zwischen den etablierten Parteien - 'Nepali Congress', CPN-UML und 'National Democratic Party' (NDP) - bestanden.

Über die Frage einer Beteiligung an den Parlamentswahlen vom November 1994 kam es zu einer Spaltung der UPFN. In der Folgezeit bemühte sich Bhattarai um eine einheitliche Linie der maoistischen Linken. Spätestens nach dem Sturz der Adhikari-Regierung im Herbst 1995 und der nachfolgenden Ko-

alition des 'Nepali Congress' mit der konservativen NDP setzte sich die Überzeugung durch, daß die Zeit reif sei für die Revolution. Im Februar 1996 begann der Volkskrieg der Maoisten in einigen Distrikten Mittelnepals, insbesondere in Rolpa, Rukum, Jajarkot und Salyan, zum Teil auch in Gorkha.

Baburam Bhattarai bezeichnet den Volkskrieg als ein epochemachendes Ereignis in der nepalischen Geschichte. Zum ersten Mal sei das nepalische Volk aus seinem Tiefschlaf erwacht und es sei sich der halbkolonialen und halbfeudalen Unterdrückung und Ausbeutung bewußt geworden. Selbst Personen mit geringem politischem Bewußtsein werde zunehmend klarer, daß sich der nepalische Staat derzeit in einer tiefen Krise befinde. Die Ursachen hierfür lägen in der halbkolonialen Eingliederung in Britisch-Indien durch den Vertrag von Sugauli (1816) und in der Fortsetzung dieses Zustands durch den indisch-nepalischen Vertrag von 1950. Die sklavische Ergebnis der herrschenden Feudal-



Angebliche Unterstützer der maoistischen Partei werden in Kathmandu verhaftet (Foto: 'Kathmandu Post')

klasse Nepals gegenüber den ausländischen Mächten habe einen unabhängigen sozio-ökonomischen und politischen Entwicklungsprozeß unmöglich gemacht. Eine kleine kapitalistische Klasse feudaler und bürokratischer Mittelsleute, die nur etwa fünf Prozent der Bevölkerung ausmache, habe seither Macht und Ressourcen monopolisiert und Hegemonie über 95 Prozent der Bevölkerung ausgeübt. Die Folge seien gewaltige Klassen-, nationale und regionale Unterschiede. Dies habe dazu geführt, daß Nepal heute den schändlichen Ruf genieße, das zweitärmste Land der Welt zu sein. In dieser Situation sei es an der Zeit, diesen Staat mit seiner verkommenen sozio-ökonomischen Struktur zu verwerfen und einen revolutionären Wandel auf der Grundlage einer neuen Demokratie zu schaffen.

Argumentation und Verhalten des Staates

Das Vorgehen der Maoisten erfolgte zunächst nach der klassisch-revolutionären Methode: Ausfindigmachung der oben beschriebenen Negativkräfte des Staates und gezielte Angriffe auf Eigentum und Leben dieser Personen. Die Folge war, daß bestehendes Recht und Ordnung in den vom Volkskrieg betroffenen Gebieten in erheblicher Weise gestört wurden. Im Mai diesen Jahres nutzten die Maoisten die Kommunalwahlen zu einer Intensivierung ihrer Aktivitäten. In einigen Gegenden des Landes wurden die Wahlen hierdurch unmöglich gemacht, in anderen wurden sie in erheblicher Weise behindert. Die revolutionären Kräfte demonstrierten dabei in geradezu beeindruckender Weise, daß es sich längst nicht mehr um ein Strohfeder linker, revolutionärer Spinner handelt, sondern um einen ernst zu nehmenden politisch-sozialen Prozeß, der an den Grundfesten des Staates rüttelt.

Die Regierung ihrerseits hat sich bisher in keiner Weise für die politischen Argumente der Maoisten interessiert. Für den nepalischen Staat handelt es sich um Terroristen, denen man nur mit Staatsgewalt begegnen kann. So verschärfte noch die Deuba-Regierung die Polizeieinheiten im "Kriegsgebiet" erheblich. Bei der noch aus der Panchayat-Zeit geerbten Vorgehensweise der Polizei fanden viele Menschen den Tod. Die zahlreichen Klagen aus dem Kreis der Bevölkerung über die rüden Willkürmaßnahmen der Polizei wurden von Menschenrechtlern wiederholt bestätigt. Tatsache ist, daß bei weitem mehr Menschen durch die Polizei getötet oder verletzt wurden als durch Aktionen der Maoisten. Letztere erklären, daß aus ihren Reihen 70 Personen von der Polizei getötet wurden, fast 40 würden vermißt



Premierminister Chand will das Maoistenproblem in kurzer Zeit gelöst haben (Foto: Walter Keller)

und mehr als 3.000 seien im Laufe des letzten Jahres inhaftiert worden; Folterungen im Polizeigewahrsam seien dabei an der Tagesordnung.

Baburam Bhattarai verwehrt sich seinerseits gegen die Bezeichnung, es handle sich um eine terroristische Bewegung. Die kapitalistisch-imperialistischen Staaten der Welt, als deren Idol und Vorbild er die USA nennt, bezeichnen stets nur sich selbst als demokratische Welt. Alle Menschen, die sich dieser Weltsicht widersetzen, würden als Terroristen bezeichnet. Der maoistische Volkskrieg in Nepal sei daher eine Art Gegenterror gegen den globalen imperialistischen Terrorismus.

Unfähigkeit zum Dialog

Zweifelsohne hat der nepalische Staat große Probleme mit dem nun angebotenen politischen Dialog. Die Regierung gibt vor, die Ursachen für den Volkskrieg nicht zu verstehen, weil sie nicht zugeben kann, wie wahr so manche der Argumente Baburam Bhattarais und seiner Gesinnungsgenossen sind. Staatliche

Statistiken sowie ethnologische und historische Forschungen belegen die Aussagen Bhattarais zur Verteilung von Wohlstand und Macht im Königreich. Und ein Blick auf die Volkszugehörigkeit der Minister, Parteipolitiker, Parlamentarier, leitenden Beamten und Unternehmer des Landes macht klar, daß die Volksbewegung von 1990 keine Revolution war. Ausgetauscht wurden nur Personen, und selbst dieser Tausch ist heute mehr oder weniger revidiert. Jene Kräfte, die bis 1990 als Garanten des konservativ-feudalistischen Gesellschaftssystems galten, sitzen seit Herbst 1995 wieder am Regierungstisch, ja, seit kurzem stellen sie sogar wieder den Premierminister (siehe Interview mit ihm). Korruption, Vetternwirtschaft und Amtsmissbrauch, einst angeprangert als die Grundübel des Panchayat-Systems, werden heute in aller Öffentlichkeit von denselben elitären Kreisen betrieben, die sich seit 200 Jahren auf Kosten der Massen bereichern.

Letzteren hat die Demokratisierung des Landes nichts gebracht, weder wirtschaftlich noch hinsichtlich einer poli-

tisch-sozialen Beteiligung. Wollten die Führer der drei großen politischen Parteien, die heute für das Geschick des Landes verantwortlich zeichnen, daran etwas ändern, müßten sie sich ihrer eigenen Privilegien berauben. Beim Wechsel der Regierung kann man den benötigten Koalitionspartner mit mächtigen und korruptionsträchtigen Posten ködern, doch wie verhandelt man mit politischen Aktivisten, die sich für Menschen stark machen, die nichts zu bieten haben als Armut, Ausbeutung und Unterprivilegierung? Wie erklärt man diesen Menschen den Verbleib der alljährlich in dunklen Kanälen versickernden Millionen internationaler Hilfsgelder? Wie soll man den Massen der Armen verständlich machen, daß ihnen eine fundierte Ausbildung vorenthalten werden muß, weil sonst ihr politisches Bewußtsein wächst und die Privilegien der herrschenden Elite gefährdet sind? Die Unfähigkeit und der Unwillen der verantwortlichen Politiker, diese Fragen anzugehen, haben bisher einen Dialog verhindert.

Bieten die Maoisten eine Alternative?

Doch neben diesen Vorwürfen an die Regierung muß man auch die Frage stellen, ob die Maoisten eine ernsthafte Alternative zum derzeitigen System zu bieten haben. Ihr Führer, Baburam Bhattarai, mag sich für die Masse der Armen einsetzen, aber, es mag ja Zufall sein, auch er gehört zur privilegierten Elite der Brahmanen. Als Ursachen für die gravierenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Ungleichheiten führt Bhattarai drei Gründe an: die Einbeziehung Nepals in die Sphäre des britischen Kolonialismus, die Fortsetzung dieser Abhängigkeit in Form des modernen indischen Staates und die unterwürfige Kooperation der herrschenden Feudalschicht Nepals mit diesen externen Kräften. Bhattarai läßt jedoch unerwähnt, das die eigentlichen Ursachen für die genannten Ungleichheiten wesentlich älter sind; sie gehen zurück auf die landesweite Ausbreitung der hindu-politischen und gesellschaftlichen Ideale, Denkweisen und Ordnungsstrukturen im Rahmen des nepalischen Einigungsprozesses (1743-1816). Die Ausarbeitung und schließlich auch

Amnesty International hat im März 1997 einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Maoistenaufstand in Nepal herausgegeben. Der Bericht (27 S., engl.) kann über das Südasiensbüro zum Preis von DM 9,- bezogen werden. Bitte der Bestellung Briefmarken/Scheck beifügen.

schriftliche Fixierung dieser Ordnung (1816-1854) war eine rein innernepalische Angelegenheit, auf die der britische Kolonialismus keinen Einfluß hatte.

Die Ursachen für die Verarmung großer Teile der Bevölkerung liegen ausschließlich in der Anwendung dieser hindustaatlichen Prinzipien. Betroffen waren all jene Personen, die in der Denkweise der hochkastigen staatlichen Elite minderwertige Kreaturen waren, weil sie ethnischen Gruppen oder sogenannten unberührbaren Hindukasten angehörten. Es ist auffällig, daß Baburam Bhattarai diese grundlegenden Ursachen der Ungleichheit nicht erwähnt. Er spricht vom Kolonialismus und Imperialismus führender westlicher Industriestaaten, schweigt jedoch zum Kolonialismus und Imperialismus kommunistischer bzw. einstiger kommunistischer Länder, wie China und der Sowjetunion, gegenüber den zahlreichen nationalen Minderheiten in diesen Staaten. Der Kommunismus ist wie die Demokratie eine Ideologie des Westens, die in ihrer Entstehungszeit zur Bekämpfung von Klassegegensätzen entwickelt wurde. Religiös-kulturelle und ethnische Ungleichheiten spielten im Europa des 19. und frühen 20. Jahrhunderts nur eine untergeordnete Rolle. In Nepal jedoch sind sie von entscheidender Bedeutung.

So bleibt die Frage, ob die Maoisten mit ihrer Ideologie tatsächlich eine Ver-

änderung der Gesellschaft herbeiführen können. Eines jedoch ist sicher: Fürs erste bieten sie den verarmten Massen einen Strohalm, an den sich ihre Hoffnungen klammern, und den ihnen die Regierung und die etablierten Parteien nicht zu bieten bereit sind. Ich möchte mit einem Zitat der bekannten Kolumnistin Barbara Adams schließen, die kürzlich in einem Kommentar schrieb: "Ich nehme an, daß die Dörfler schlau genug sind, um zu erkennen, daß es besser für sie ist, sich an die Maoisten zu halten, solange es keine stabile, hingebungsvolle, selbstlose und volksorientierte Regierung in Kathmandu gibt; niemand kann ihnen diesbezüglich Vorwürfe machen." Die verantwortlichen Politiker der führenden Parteien sollten sich ihre Gedanken darüber machen.

(Siehe auch Interviews mit Premierminister Chand und Oppositionsführer Koirala zu diesem Thema)